

## Maßnahmen zur Sicherung des Flughafens Paderborn/Lippstadt

Das Bundesverkehrsministerium stellt in seinem Luftverkehrskonzept vom Mai 2017 fest:

„Die Bereitstellung eines Netzes von Verkehrsflughäfen gehört aus hiesiger Sicht zur Daseinsvorsorge. Das heißt: Der Staat muss sicherstellen, dass eine ausgewogene und funktionierende Flughafenlandschaft mit guten verkehrlichen Anbindungen aufrechterhalten bleibt.“

Der Flughafen Paderborn/Lippstadt ist landesbedeutsamer Teil dieses Netzes und wie andere Flughafenstandorte durch massiv verzerrte Wettbewerbsbedingungen in Deutschland in seiner Existenz gefährdet. Ein Marktaustritt würde einer der stärksten Wirtschaftsregionen Deutschlands, die Ostwestfalen, Südwestfalen und Lippe umfasst, massiv schaden. Darüber hinaus werden vor dem Hintergrund nachhaltig steigender Luftverkehrszahlen und gleichzeitig hoch ausgelasteter Infrastrukturen der großen Standorte auch die Kapazitäten der kleineren Flughäfen zur Deckung des prognostizierten Bedarfs benötigt.

Die konsequente Umsetzung weniger Maßnahmen kann die Zukunft des Flughafen Paderborn/Lippstadt und die anderer Verkehrsflughäfen sichern:

### 1. Aufnahme in das Abrechnungsregime der Deutschen Flugsicherung

An 16 sog. Internationalen Flughäfen, darunter Frankfurt/Main und München, aber auch die kleinen Flughäfen Erfurt und Saarbrücken, erbringt die Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS) die Flugsicherungsleistung. Sie erhebt dabei an allen Standorten eine einheitliche Gebühr, d.h. größere Flughäfen subventionieren die kleineren. Paderborn/Lippstadt führt die Dienste hingegen im eigenen kommerziellen Risiko durch und kann die entstehenden Kosten aufgrund des subventionierten „Marktpreises“ der DFS nur teilweise an die Nutzer weitergeben. Die jährliche Kostenunterdeckung beträgt 1,5 Mio. Euro und würde bei Aufnahme in den Kreis der DFS-betreuten Flughäfen das Jahresergebnis sofort und in gleichem Umfang verbessern.

Diese Maßnahme würde auch die Flughäfen Dortmund, Weeze, Karlsruhe/Baden-Baden, Friedrichshafen und Memmingen entlasten.

### 2. Umsetzung der Koalitionsvereinbarung zu den Luftsicherheitskosten

Die Koalitionsvereinbarung zwischen Union und SPD sieht eine Beteiligung an den gestiegenen Kosten der hoheitlichen Luftsicherheitskontrollen vor. Die Maßnahme sollte zeitnah und für alle deutschen Verkehrsflughäfen umgesetzt werden. Gleichzeitig sind zusätzliche Belastungen, wie sie durch eine Neufassung der Luftsicherheitsgebührenverordnung angedacht sind, zu verhindern.

### **3. Sicherung der Flughafenstandorte und damit des zukünftigen Kapazitätsbedarfs durch die Luftverkehrskonzeption 2030**

Die neue Konzeption sollte einen kooperativen Ansatz, der mit einer klaren Aufgabenteilung zwischen den Flughäfen verbunden ist, verfolgen. Diese bestünde darin, dass jeder Flughafen die für sein jeweiliges Einzugsgebiet relevanten Drehkreuze, Linienverbindungen sowie touristischen Volumenziele anbietet. Den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn kommt darüber hinaus die Aufgabe zu, das Angebot von Interkontinentalzielen und Nischenmärkten entsprechend dem Bedarf des Bundeslandes NRW voranzutreiben. Die Rolle des Flughafens Köln/Bonn als bundesbedeutsame Fracht-Drehschibe bleibt unverändert. Die Konzeption würde damit auch die einseitige Fokussierung auf Wachstum, das gerade in schon heute stark lärmbelasteten Regionen zukünftig Kapazitätsausweitungen benötigte und nachfrageseitig zumeist zulasten anderer Standorte geht, ablösen.

Im Gegensatz zu dem heutigen Vorgehen, bei dem die Standorte - teilweise mit Steuergeldern finanziert – miteinander um die Ansiedlung von neuen Fluglinien sowie um Flugreisende in ganz NRW konkurrieren, würde der kooperative Ansatz

- zu einer deutlichen Verbesserung der Jahresergebnisse führen (derzeit arbeiten fünf von sechs Flughäfen defizitär) und damit den Steuerzahler entlasten
- die für das zukünftige Luftverkehrswachstum benötigten Kapazitäten sichern
- die Umwelt schonen, indem der durch nicht kostendeckende Ticketpreise stimulierte Verkehr sowie Bodentransporte von Passagieren, die ihr Reiseziel auch von ihrem wohnortnahen Flughafen erreichen könnten, reduziert werden